



Fraktion in der
Bezirksversammlung Harburg

An den Vorsitzenden der
Bezirksversammlung Harburg

Harburger Rathausplatz 1

21073 Hamburg

Postanschrift:

Rathaus

Postfach 90 01 53

21041 Hamburg

Julius-Ludowieg-Str. 25

21073 Hamburg

fraktion-harburg@die-linke-hh.de

Sabine Boeddinghaus

Telefon: 0174 / 396 30 38

Klaus Lübberstedt

Telefon: 0178 / 93 911 73

Hamburg, den 24.10.2011

**Betr.: Globalrichtlinie Sozialräumliche Angebote der Jugend-und Familienhilfe hier:
Stellungnahme der Bezirksversammlung gemäß § 46 (2) BezVG**

Stellungnahme

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Klaus Lübberstedt
und Elke Nordbrock / Fraktion DIE LINKE**

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt grundsätzlich die größere Gestaltungsfreiheit, die die Bezirke durch die vorgelegte Globalrichtlinie erhalten.

Vor dem Hintergrund ständig steigender Fallzahlen und Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HZE), soll nun versucht werden, mit fachlichen Vorgaben in Form von Kontrakten und zusätzlich für die Bezirke bereitgestellten Geldern Fälle „einzusparen“ und so die Senkung der H.z.E.-Fallzahlen zu erreichen. „Die sozialräumlichen Angebote sollen die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung und die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung begrenzen.“ (S. 2)

Offen bleibt bei dieser Absichtserklärung, wie genau und wodurch dies erreicht werden soll. **Es wird auch an keiner Stelle des Papiers problematisiert, ob die erhöhten H.z.E.-Fallzahlen womöglich durch reale Bedarfe entstanden sind und hinter jeder solchen Maßnahme Menschen stehen, die dringend auf Hilfe angewiesen sind. Auch der Zusammenhang zwischen dem Ausgabenanstieg in diesem Bereich, den Kürzungen in der sozialen Infrastruktur, der Arbeitslosigkeit, der wachsenden Zahl von Familien, die in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen, bzw. von Hartz IV leben müssen, also der zunehmenden Armut wird nicht zur Kenntnis genommen.** Die zusätzlichen Gelder für die neuzuschaffenden SAH-Mittel werden ausdrücklich an die zu erreichende Senkung der HZE Maßnahmen gekoppelt.

Die Anforderungen durch die oben genannten Gründe stellen einen enormen Erwartungsdruck an die Offene Kinder-und Jugendarbeit dar. Sie ist nach wie vor erheblich unterfinanziert. Hier liegt unser Hauptkritikpunkt und damit unsere große Sorge.

DIE LINKE Bürgerschaftsfraktion wird in ihrem Haushaltsantrag dazu entsprechende Forderungen einbringen.

In Zukunft sollen alle Beteiligten, Kita, Schule (GBS), Elternschulen, Erziehungsberatungsstellen etc. (S. 4) eng zusammenarbeiten, sich miteinander verbinden (S. 1) und kooperieren. Die Frage ist, welche Ressourcen stehen dafür jeweils zur Verfügung und wie werden sie auf die unterschiedlichen Partner verteilt, die sie dann ja wiederum in Form sozialräumlicher Angebote mit einbringen? „Alle Beteiligten bringen eigene Ressourcen in das Angebot ein.“(S.4)

„Auf diese Weise sollen die Voraussetzungen für gelingende Übergänge in Kita, Schule Berufsvorbereitung und Ausbildung sowie der Verbleib in diesen Systemen gesichert und schließlich gesellschaftliche Teilhabe hergestellt werden.“ (S.2) Das ist ein großes und wichtiges Ziel, was aber für seine Realisierung und Umsetzung in besonderer Weise Absprachen und Zusammenarbeit voraussetzt. **Ohne zusätzliche Ressourcen ist dies aber nicht zu gewährleisten.**

Ein weiteres Ziel ist die Stabilisierung der Familien in ihrem Stadtteil durch passgenaue Angebote und Unterstützungssysteme. „Auf diese Weise soll die Integration der Familien in den Stadtteil und ein stabilisierendes soziales Umfeld ermöglicht und Isolation begegnet werden. Familien sollen als Lebensorte erhalten und Trennungen von den Herkunftsfamilien vermieden werden.“(S. 1) Damit sich Familien aber stabilisieren können, brauchen sie Perspektiven, Arbeit und ausreichende Bildungsangebote. **Auch dies erfordert zusätzliche Ressourcen**, die nicht alleine aus dem Jugendhilfeeat zu leisten sind. Jugendliche bis 25 Jahren im Hartz IV- Bezug müssen z.B. zu Hause wohnen bleiben, auch, wenn man erkennt, dass eine räumliche Trennung allen Familienmitgliedern gut tun würde. Hier erwartet DIE LINKE dringend ein Umdenken und Umsteuern, damit sich Familien selber helfen können.

Dabei wird deutlich, dass ein weiterer Kooperations-und Gesprächspartner mit in die Runde all derjenigen gehört, die sich im jeweiligen Sozialraum in der Kinder-und Jugendhilfe engagieren, nämlich die ARGE/die Jobcenter, was auch im Papier in einem kleinen Absatz Erwähnung findet (S. 5)

„Die inhaltliche Ausrichtung orientiert sich an den im jeweiligen Sozialraum festgestellten strukturellen sowie den individuellen Bedarfen der Zielgruppe.“ (S.4) Eine Familie etwa, die gerade mit Hilfe der Schuldnerberatung auf einen aussichtsreichen Weg der Entschuldung gebracht wurde, erhält im selben Atemzug von der ARGE eine Leistungskürzung und stürzt sogleich zurück in die Hoffnungs- und Ausweglosigkeit. Hier bedarf es dringend viel besserer Absprachen und gemeinsamer Konzepte, indem die ARGE fester Kooperationspartner im jeweiligen Hilfesystem werden muss. (S.4)

Ein weiterer Aspekt, der zusätzliche Ressourcen benötigt, ist das geforderte Berichtswesen. „ Die Umsetzung dieser Globalrichtlinie wird in Form eines regelmäßigen Berichtswesens systematisch erfasst und dargestellt.“ (S.8) Wie viel Zeit wird hierfür veranschlagt mit welchem Umfang an Personaleinsatz? Es steht zu befürchten, dass die MitarbeiterInnen nicht mehr aus-und hinreichend Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben. **Es muss also die aus unserer Sicht berechnete Frage beantwortet werden, im welchem Verhältnis die zur Verfügung stehenden Ressourcen für das Berichtswesen und die Arbeit vor Ort stehen.**

Das geforderte Berichtswesen basiert auf dem JUS IT Programm, einem Betriebssystem, das noch gar nicht endgültig zur Verfügung steht, weil es seine Reifeprüfung längst noch nicht bestanden hat. 115 Millionen Euro waren ursprünglich dafür veranschlagt worden, das Doppelte ist mittlerweile vorstellbar. Der Familien-Kinder- und Jugendausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft hat der zuständigen Behörde eine 3-monatige Berichtspflicht über den Fortgang des JUS IT Programms auferlegt, weil es aktuell noch gar nicht betriebsbereit ist. Zudem muss die Frage nach datenschutzrelevanten Auflagen gestellt werden, wie etwa danach, wer alles Zugriff hat auf eine Datenbank mit diesen hochsensiblen Fallberichten. Justiz? Polizei? ARGE?

Es ist aus unserer Sicht schon mehr als beunruhigend, dass in der Globalrichtlinie dem Berichtswesen eine so zentrale Bedeutung beigemessen wird, alle Beteiligten dazu verpflichtet werden, jeden Vorgang detailliert zu dokumentieren, wohlwissend, dass die Voraussetzungen dafür, finanziell wie technisch, noch völlig ungeklärt sind.